

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags. 1919-1930 1919

1 (18.1.1919)

Amtliche Berichte



über die Verhandlungen der

verfassunggebenden badischen National-Versammlung.

Nr. 1.

Karlsruhe, den 18. Januar

1919.

1. Öffentliche Sitzung

am Mittwoch, den 15. Januar 1919, vormittags 10 Uhr.

Tagesordnung:

Anzeige von Eingängen. Sodann

- A. Prüfung der Vollmachten der Abgeordneten (Wahlprüfungen).
- B. Wahl des Präsidenten, der beiden Vizepräsidenten und der 4 Schriftführer.
- C. Beschlussfassung über die zu bildenden Kommissionen und Bildung derselben.

Am Regierungstisch: Präsident der vorläufigen Volksregierung Geiß, Minister des Innern Dr. Gaas, Minister der Finanzen Dr. Wirth, Minister der Justiz Marum, Minister des Auswärtigen Dietrich, Minister für Ernährungswesen Ernst, Minister für Übergangswirtschaft und Wohnungswesen Margloff, Verkehrsminister Rüderst und Minister des Kultus und Unterrichts Stadinger.

Alterspräsident Reinhard eröffnet nach 10 Uhr die Sitzung.

Es wird sofort in die Tagesordnung eingetreten.

Zu Ziffer 1 derselben: Prüfung der Vollmachten der Abgeordneten, gibt der Alterspräsident bekannt, daß nach einer Vereinbarung der Fraktionen die Wahlprüfungen in der Weise vorgenommen werden sollen, daß die Abgeordneten des 1. Wahlkreises die Prüfung der Wahlen im 2. Wahlkreis, die des 2. Wahlkreises die Prüfung der Wahlen im 3. Wahlkreis, die des 3. diejenige der Wahlen im 4. Wahlkreis und die Abgeordneten des 4. Wahlkreises die Prüfung der Wahlen im 1. Wahlkreis vornehmen.

Zwecks Vornahme der Wahlprüfungen wird die Sitzung hierauf unterbrochen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung gibt zunächst Jugend-schriftführer Biegelmaier folgende Eingänge bekannt:

1. Mitteilung der badischen vorläufigen Volksregierung über das Erlöschen der Mandate für den bisherigen Landtag und die Einberufung der verfassunggebenden badischen Nationalversammlung.
2. Schreiben des Ministeriums des Innern mit den Akten über die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung nebst Einsprachen gegen die Wahlen im 2. und 4. Wahlkreis.
3. Einsprache der Deutsch-nationalen Volkspartei gegen die Wahlen im 4. Wahlkreis.
4. Einsprache einer Versammlung der sozialdemokratischen Partei (Unabhängigen sozialistischen Partei) in Offenburg gegen die Wahlen im 2. Wahlkreis.

Die Eingänge Ziff. 2 bis 4 sind bereits der Wahlprüfungskommission überwiesen worden. Das Haus erteilt nachträglich seine Zustimmung hierzu.

5. Einladung vom Volksrat Karlsruhe zu einer heute Abend 8 Uhr im Festhallsaal stattfindenden Feier.

Hierauf berichten namens der einzelnen Abteilungen über die Wahlprüfungen:

Abg. Dr. Sehter (Zentr.):

Namens der Abteilung IV berichte ich über die Wahlen des Wahlkreises 1 Konstanz.

Der Wahlprüfungskommissär hat unter Bezug derjenigen Herren, die Wahlvorschlagslisten eingereicht hatten und die auf Einladung erschienen waren — das waren 5 von 6 Herren — am 9. Januar die Wahlprüfung vorgenommen.

Zugezogen zu dieser Wahl war als Protokollführer, der Rechnungsrat Josef Späth.

Die Beisitzer sowohl wie der Protokollführer sind zunächst mittels Haabschlag an Eidesstatt verpflichtet worden.

Der Wahlkommission waren die Akten vorgelegt. Sie hat die Akten geprüft, und es ist im Protokoll festgestellt, daß nach Durchsicht der Wahlprotokolle zu Bemerkungen, die die Gültigkeit der Wahl in einzelnen Wahlbezirken in Frage stellen könnten, kein Anlaß gefunden worden ist.

Über das Ergebnis der Abstimmung ist sodann weiter festgestellt, daß Wahlberechtigte im ganzen Wahlkreis vorhanden waren

	176 833.
Davon haben abgestimmt im Ganzen	154 614
und zwar gültig	154 295
ungültig	819.

Auf die zugelassenen und öffentlich bekanntgegebenen Wahlvorschlagslisten sind an gültigen Stimmzetteln entfallen:

Wahlvorschlagsliste I (Zentr.)	79 645
Wahlvorschlagsliste II (Soz.)	38 513
Wahlvorschlagsliste III (D. Dem. P.)	36 137

zusammen 154 295.

Da 16 Abgeordnete zu wählen waren, war die Gesamtzahl der gültigen Stimmzettel — 154 295 — durch die um 1 vermehrte Zahl der zu besetzenden Stellen, somit durch $(16 + 1) = 17$ zu teilen.

Als Wahlzahl ergab sich hiernach $9076 \frac{2}{17}$, auf die nächste ganze Zahl erhöht 9077.

Da jeder Wahlvorschlagsliste so viel mal eine Stelle zugeteilt wird, als die Wahlzahl in der Zahl der für sie abgegebenen gültigen Stimmzettel enthalten ist, entfielen auf:

Wahlvorschlagsliste I	79 645: 9077 = 8 Stellen,
Wahlvorschlagsliste II	38 513: 9077 = 4 Stellen,
Wahlvorschlagsliste III	36 137: 9077 = 3 Stellen.

Da durch diese Verteilung nur 15 Stellen besetzt wurden, so waren die Zahlen der für die einzelnen Vorschlagslisten abgegebenen gültigen Stimmzettel jeweils durch die um 1 vermehrte Zahl der ihnen zugewiesenen Stellen zu teilen.

Hiernach ergab sich dann als Quotient für die	
Wahlvorschlagsliste I	$79 645: (8 + 1) = 9 = 8849\%$
Wahlvorschlagsliste II	$38 513: (4 + 1) = 5 = 7702 \frac{1}{2}\%$
Wahlvorschlagsliste III	$36 137: (3 + 1) = 4 = 9034 \frac{1}{4}\%$

2 45

Somit fiel die weitere (16.) Stelle der Wahlvorschlagsliste III zu, welche den höchsten Quotienten mit 9084% aufzuweisen hatte.

Es erhielt sonach im ganzen

Wahlvorschlagsliste I	8 Stellen,
Wahlvorschlagsliste II	4 Stellen,
Wahlvorschlagsliste III	4 Stellen,

zusammen 16 Stellen,

und es sind nach der Reihenfolge der Wahlvorschlagslisten gewählt:

aus der Wahlvorschlagsliste I (Zentr.):

1. Weißhaupt, Josef,
2. Goerliacher, Ignaz,
3. Deyerle, Maria,
4. Krieger, Erhard,
5. Wittemann, Josef,
6. Martin, Josef,
7. Spang, Alfred,
8. Amann, Albert;

aus der Wahlvorschlagsliste II (Soz.):

1. Großhans, Karl,
2. Weißmann, Anton,
3. Fleig, Otto,
4. Regenscheid, Sophie;

aus der Wahlvorschlagsliste III (D. Dem. P.):

1. Benebey, Martin,
2. Sängler, Friedrich,
3. Pummel, Hermann,
4. Schön, Friedrich.

Dieses Ergebnis wurde verkündet und hiernach das Protokoll von der Hauptwahlkommission und dem Schriftführer genehmigt und unterzeichnet. Die Unterschriften sind beigelegt.

Ein Wahlprotest ist in diesem Wahlkreis nicht eingegangen. Die Abteilung IV hat auch keinen Anlaß gefunden, von sich aus irgend eine Wahlbeanstandung zu erheben.

Im Namen der Abteilung IV beantrage ich daher, die Wahlen im ersten Wahlkreis für unbeanstandet zu erklären.

Abg. Wittemann (Zentr.):

Am 9. Januar 1919 wurde zu Freiburg vom Landeskommissär mit der Kommission das Wahlergebnis festgestellt. Dasselbe hatte folgendes Resultat: Vorhanden waren im ganzen Wahlkreis

Wahlberechtigte	812 817.
Davon haben abgestimmt im ganzen	272 185
und zwar gültig	271 691
ungültig	446.

Auf die zugelassenen und öffentlich bekanntgegebenen Wahlvorschlagslisten sind an gültigen Stimmzetteln entfallen:

Auf Wahlvorschlagsliste I (Soz.)	74 523 Stimmzettel
Auf Wahlvorschlagsliste II (Zentr.)	115 207 Stimmzettel
Auf Wahlvorschlagsliste III (D.-natl. P.)	16 599 Stimmzettel
Auf Wahlvorschlagsliste IV (D. Dem. P.)	62 619 Stimmzettel
Auf Wahlvorschlagsliste V. (Unabh. Soz.)	2 744 Stimmzettel

Zusammen 271 692 Stimmzettel

Da 28 Abgeordnete zu wählen waren, war die Gesamtzahl der gültigen Stimmzettel von 271 692 durch die um 1 vermehrte Zahl der zu besetzenden Stellen, somit durch 28 + 1 = 29 zu teilen.

Als Wahlzahl ergab sich hiernach 9699 $\frac{1}{29}$, auf die nächste ganze Zahl erhöht 9869.

Da jeder Wahlvorschlagsliste soviel mal eine Stelle zugeteilt wird, als die Wahlzahl in der Zahl der für sie abgegebenen gültigen Stimmzettel enthalten ist, entfielen auf

Wahlvorschlagsliste I	74 523 : 9869 = 7 Stellen
Wahlvorschlagsliste II	115 207 : 9869 = 12 Stellen
Wahlvorschlagsliste III	16 599 : 9869 = 1 Stelle
Wahlvorschlagsliste IV	62 619 : 9869 = 6 Stellen
Wahlvorschlagsliste V	2 744 : 9869 = 0 Stellen

Zusammen 26 Stellen.

Da durch diese Verteilung nur 26 Stellen besetzt waren, waren die Zahlen der für die einzelnen Vorschlagslisten abgegebenen gültigen Stimmzettel jeweils durch die um 1 vermehrte Zahl der ihnen zugewiesenen Stellen zu teilen.

Hiernach ergab sich als Quotient für die

Wahlvorschlagsliste I	74 523 : (7+1) = 8 = 9315 $\frac{1}{8}$ %,
Wahlvorschlagsliste II	115 207 : (12+1) = 13 = 8862 $\frac{1}{13}$ %,
Wahlvorschlagsliste III	16 599 : (1+1) = 2 = 8299 $\frac{1}{2}$ %,
Wahlvorschlagsliste IV	62 619 : (6+1) = 7 = 8945 $\frac{1}{7}$ %,
Wahlvorschlagsliste V	2 744 : (0+1) = 1 = 2744.

Somit fiel die weitere 27. Stelle der Wahlvorschlagsliste I zu, welche den höchsten Quotienten mit 9315% aufweist.

Da noch eine weitere Stelle zu besetzen war, wurde die Zahl der auf die Vorschlagsliste I entfallenen gültigen Stimmzettel abermals durch die um 1 vermehrte Zahl der ihr zugewiesenen Stellen geteilt, und sodann der erhaltene Quotient 74 523 : (8+1) = 9 = 8280%, mit den bereits ermittelten Quotienten der anderen Vorschlagslisten verglichen.

Dies ergab für

Wahlvorschlagsliste I	8280%.
Wahlvorschlagsliste II	8862 $\frac{1}{13}$ %,
Wahlvorschlagsliste III	8299 $\frac{1}{2}$ %,
Wahlvorschlagsliste IV	8945 $\frac{1}{7}$ %,
Wahlvorschlagsliste V	2744.

Der Wahlvorschlagsliste IV, die nunmehr den höchsten Quotienten aufweist, ist die 28. Stelle zugewiesen.

Es erhalten somit im ganzen:

Wahlvorschlagsliste I	8 Stellen
Wahlvorschlagsliste II	12 Stellen
Wahlvorschlagsliste III	1 Stelle
Wahlvorschlagsliste IV	7 Stellen
Wahlvorschlagsliste V	0 Stellen

Zusammen 28 Stellen.

Es waren nach der Reihenfolge der Vorschlagslisten als gewählt zu bezeichnen:

Aus der Wahlvorschlagsliste I:

- Philipp Marzloff,
- Ernst Koesch,
- Adolf Müller,
- Gustav Richter,
- Dr. Johann Koenigsberger,
- Ed. v. Geller,
- Luisa Kräuter,
- Dr. Emil Kraus;

aus der Wahlvorschlagsliste II:

- Dr. Josef Wirth,
- Ferdinand Kopp,
- Dr. Josef Schöfer,
- Mathilde Otto,
- Rudolf Seubert,
- Josef Duffner,
- Anton Ziegelmaier,
- Karl Rast,
- Fridolin Henrich,
- Alfred v. Gleichenstein,
- Karl Albieh,
- Josef Engelhardt;

aus der Wahlvorschlagsliste III:

- Karl Fischer;

aus der Wahlvorschlagsliste IV:

- Oskar Muser,
- Adolf Niederbühl,
- Christian Schneider,
- Emil Göhring,
- Friedrich Holbermann,
- Eduard Herbst,
- Alfred Massa.

Dieses Ergebnis wurde verkündet und das Protokoll den Akten angeschlossen.

Die Wahlprüfungskommission für den II. Wahlkreis hat die Prüfung vorgenommen, als Vorsitzenden der Kommission den Abg. Wittmann, als Stellvertreter den Abg. Weißhaupt und als Schriftführer den Abg. Schön gewählt. Die Prüfung ergab, daß zwei Wahlproteste eingegangen sind, die verlesen wurden. Der erste richtet sich gegen die Vornahme der Wahl in Unterprechtal, der zweite gegen die Vorgänge bei der Wahl in Offenburg. Die Unterzeichner der Proteste 1 und 2 sind in den Wählerlisten von Waldkirch bezw. Offenburg eingetragen.

Demgemäß hat die Abteilung den Beschluß gefaßt:

Da gegen die Wahl im II. Wahlkreis rechtzeitig Anfechtungen eingegangen sind, gibt die Abteilung die Akten an die Wahlprüfungskommission zur weiteren Behandlung ab.

Abg. Muser (D. Dem. P.):

Nach der amtlichen Hauptzusammenstellung beträgt die Zahl der Wahlberechtigten im III. Wahlkreis (Karlsruhe-Baden) 333 151. Davon haben abgestimmt im ganzen 294 060, davon gültig 293 452, ungültig 608. Es entfallen auf die Wahlvorschlagsliste I (Zentr.) 92 215 Stimmen, auf die Wahlvorschlagsliste II (D.-natl. Vp.) 28 405 Stimmen, auf die Wahlvorschlagsliste III (Soz.) 108 421 Stimmen, auf die Wahlvorschlagsliste IV (D. Dem. P.) 60 984 Stimmen und auf die Wahlvorschlagsliste V (Unabh. Soz.) 5427 Stimmen. Die Wahlzahl beträgt 9171. Da jeder Wahlvorschlagsliste so vielmal eine Stelle zugeteilt wird, als die Wahlzahl in der Zahl der für sie abgegebenen gültigen Stimmzettel enthalten ist, entfielen auf die Wahlvorschlagsliste I 10 Stellen, Wahlvorschlagsliste II 3 Stellen, Wahlvorschlagsliste III 11 Stellen, Wahlvorschlagsliste IV 6 Stellen und Wahlvorschlagsliste V 0 Stellen. Da durch diese Verteilung nur 30 Stellen besetzt waren, wurde ein weiterer Quotient erforderlich, und das Resultat ist folgendes:

Wahlvorschlagsliste I (Zentr.)	10 Stellen
Wahlvorschlagsliste II (D.-natl. Vp.)	3 Stellen
Wahlvorschlagsliste III (Soz.)	12 Stellen
Wahlvorschlagsliste IV (D. Dem. P.)	6 Stellen
Wahlvorschlagsliste V (Unabh. Soz.)	0 Stellen

Zusammen 31 Stellen

Gewählt sind hiernach

aus der Wahlvorschlagsliste I:

Trunk, Gustav,
Ziegelmeier, Josef,
Siebert, Alara,
Müller, Wilhelm,
Wiedemann, Anton,
Köhler, Heinrich,
Roedel, Wilhelm,
Bernauer, Dr. Ernst,
Belzer, Franz,
Straub, August;

aus der Wahlvorschlagsliste II:

Schöpfle, Karl,
Mayer, Theodor Friedrich,
Habermehl, Gustav;

aus der Wahlvorschlagsliste III:

Diez, Dr. Eduard,
Stodinger, Friedrich,
Fischer, Kunigunde,
Weber, Friedrich,
Marum, Ludwig,
Kurz, Heinrich,
Rüdert, Leopold,
Hamann, Bruno,
Hortel, Richard,
Müller, Paul,
Ged, Eugen,
Krischbach, Hubert;

aus der Wahlvorschlagsliste IV:

Dietrich, Hermann,
Paas, Dr. Ludwig,
Reck, Ludwig,
Odenwald, Andreas,
Glockner, Dr. Karl,
Hoffmann, Karl.

Ein Wahlprotest liegt nicht vor. Wir haben auch von uns keinen Anlaß zu Beanstandungen gefunden und beantragen deshalb, die Wahl im III. Wahlkreis für unbeanstandet zu erklären.

Abg. Dr. Glockner (D. Dem. P.):

Namens der 3. Abteilung habe ich die Ehre, Bericht zu erstatten über die Wahlen im IV. Wahlkreis. Auch hier hat die öffentliche Ermittlung des Wahlergebnisses am 9. Januar durch den Wahlkommissär in Mannheim unter Zugug von Vertrauensmännern der Wählervereinigungen, welche Vorschlagslisten eingereicht hatten, und deren Stellvertreter stattgefunden.

Es sind in diesem Protokoll die Ergebnisse der Wahl im einzelnen zusammengestellt und eine Anzahl von förmlichen Beanstandungen, die sich bei der Durchsicht der Wahlprotokolle ergeben haben, aufgeführt. Über das Förmliche hinaus ergeben sich einige Beanstandungen, die ich Ihnen zur Kenntnis bringen muß.

In Lauberhofsheim hat der Arbeiter- und Soldatenrat, wie aus den beiden Wahlprotokollen der Amtsstadt hervorgeht, in außerordentlich bedenklicher Weise versucht, in die geordnete Abwicklung der Wahlhandlung einzugreifen und sich zu ganz unzulässigen Drohungen hinreißend lassen. Näher auf diesen Sachverhalt eingegangen ist die Abteilung nicht, da die Wahl aus anderen Gründen der Abteilung als zweifelhaft erschien. Es liegen nämlich 2 Wahlproteste vor.

Auf den einen dieser Wahlproteste bezieht sich die weitere Bemerkung im Protokoll des Wahlkommissärs, derzufolge in Heidelberg in 3 Wahlbezirken zusammen 577 Stimmzettel der Deutsch-Nationalen Volkspartei für ungültig erklärt wurden, während die gleichen Zettel in anderen Bezirken, wo sie auch einer besonderen Prüfung unterzogen wurden, so z. B. im 18., 19., 26. und 27. Stadtbezirk für gültig erklärt worden sind. Würden aber die Stimmzettel in den oben angeführten 577 Fällen mit Recht für ungültig erklärt worden sein, so müßten sämtliche auf die IV. Vorschlagsliste der Deutsch-Nationalen Volkspartei im ganzen IV. Wahlkreis gefallenen Stimmen für ungültig erklärt werden, es erhielte somit diese Partei überhaupt keinen Sitz, und die auf sie gefallenen fielen anderen Parteien zu. Sind aber die fraglichen Stimmzettel gültig, fallen also der genannten Partei weitere 577 Stimmen zu, so wird eine neue Berechnung zu erfolgen haben, wie nun die Abgeordnetenliste im IV. Wahlkreise zu verteilen sind. Dabei würde das Zentrum einen Sitz zu Gunsten der Deutsch-Nationalen Volkspartei verlieren. Der Grund zur Ungültigkeitserklärung des ganzen Wahlzettels wird darin gefunden, daß als Wohnsitz des an 27. Stelle auf der Wahlvorschlagsliste stehenden Postsekretärs Jakob Edert in der Veröffentlichung des Wahlkommissärs Heidelberg angegeben ist, während auf dem noch vor der Veröffentlichung durch den Wahlkommissär gedruckten Wahlzettel Schwellingen als Wohnsitz angegeben wurde. Edert, der auf 1. Juli 1918 von Heidelberg nach Schwellingen versetzt wurde, dort aber keine Familienwohnung fand, hat sowohl in Heidelberg als auch in Schwellingen einen Wohnsitz, in Heidelberg den seiner Familie — hier ist er auch polizeilich gemeldet und in die Wählerliste aufgenommen — in Schwellingen den des Dienstortes; hier bewohnt er ein möbliertes Zimmer. Bei der Einreichung der Wahlvorschlagsliste wurde auf diesen Doppelwohnsitz ausdrücklich hingewiesen.

Die Hauptwahlkommission und der Wahlkommissär vertreten die Ansicht, daß die für ungültig erklärten 577 Stimmzettel gültig sind, da über die Persönlichkeit des vorgeschlagenen Edert kein Zweifel bestehen kann, und da, selbst wenn man den auf ihn gefallenen Vorschlag als ungültig im Sinne des § 22 Abs. 2 Biff. 1 der Gemeindevahlordnung erklären wollte, doch nicht der Gesamtorschlag als ungültig bezeichnet werden könnte.

Es wird dann in dem Protokoll noch darauf hingewiesen, daß noch während der Prüfung des Wahlergebnisses durch die Hauptkommission wegen der vorgekommenen Ungültigkeitserklärungen ein Wahlprotest durch Edert persönlich übergeben wurde, welcher dem Protokoll als Anlage 3 beigezogen ist. Es ist dies ein Wahlprotest des Freideutschen Bürgerbundes, der sich aber auf andere Anfechtungsgründe bezieht; es ist aber nachträglich, am 14. Januar, ein Einspruch der Deutsch-Nationalen Volkspartei in Heidelberg eingekommen, auf den ich nachher zurückkommen werde. Die übrigen Bemerkungen des Wahlkommissärs kann ich übergehen.

Das Wahlergebnis ist folgendes:

Die Zahl der Wahlberechtigten im ganzen Wahlkreis beträgt	347 236
davon haben abgestimmt im Ganzen	308 226
und zwar gültig	307 125
ungültig	1101.

Auf die Wahlvorschlagslisten sind entfallen:

Wahlvorschlagsliste I (Zentrum)	80 141 Stimmzettel,
Wahlvorschlagsliste II (Unabh. Soz.)	7 278 Stimmzettel,
Wahlvorschlagsliste III (Soz.)	109 860 Stimmzettel,
Wahlvorschlagsliste IV (D.-natl. Vp.) (Christl. Vp.), Bad. Bauernb. Freid. Bürgerbund u. Evgl.-soz. P.)	26 630 Stimmzettel,
Wahlvorschlagsliste V (D. Dem. P.)	74 216 Stimmzettel,

im Ganzen 307 125 Stimmzettel.

Die Wahlzahl ergibt sich durch Teilung der Gesamtzahl an Stimmen, also 307 125, durch die um 1 vermehrte Zahl der zu besetzenden Stellen, nämlich 33, und beträgt 9307. Die Verteilung ergibt für die

Wahlvorschlagsliste I	10 Stellen,
Wahlvorschlagsliste II	0 Stellen,
Wahlvorschlagsliste III	12 Stellen,
Wahlvorschlagsliste IV	2 Stellen,
Wahlvorschlagsliste V	8 Stellen,

zusammen 32 Stellen,

und es sind nach der Reihe der Wahlvorschlagslisten gewählt:

aus der Wahlvorschlagsliste I:

Rehner, Dr. Johann Anton,
Eberhardt, Richard,
Bierneisel, Johann Gustav
Rigel, Maria,
Schell, Alois Johann,
Selffrich, Christian,
Sartmann, Gustav,
Spengler, August,
Schneider, Gustav,
Reinhard, Bernhard;

aus der Wahlvorschlagsliste III:

Geiß, Anton,
Roth, Johann,
Maier, Emil,
Rahn, Jakob,
Strobel, Georg,
Wechtold, Friedrich,
Kausch, Karl,
Blase, Therese,
Spieß, Karl,
Jost, Martin,
Gahn, Karl,
Nemmele, Adam;

aus der Wahlvorschlagsliste IV:

Gertle, Georg,
Karl, Wilhelm;

aus der Wahlvorschlagsliste V:

König, Friedrich,
Bogel, Karl,
Fehn, Georg,
Weber, Marianne,
Gothlein, Dr. Eberhard,
Zhrig, Wilhelm,
Schäffer, Franz Heinrich,
Lejer, Guido.

Die Wahlproteste, die ich erwähnt habe, haben folgenden Inhalt:

Der Vorstand der deutsch-nationalen Volkspartei in Heidelberg legt Einspruch ein gegen die Ungültigkeitserklärung von 1101 im Wahlkreis IV beanstandeten Stimmen und bemerkt: „Nach uns zugegangenen Mitteilungen ist die Mehrheit dieser Stimmen deshalb für uns ungültig erklärt worden, weil der auf der Liste der deutsch-nationalen Volkspartei unter Nr. 27 aufgeführte Edert, Jakob, Kassenkassier, als in Schwellingen wohnhaft bezeichnet sei, während Herr Edert seinen Wohnsitz in Heidelberg und nur seinen Amtssitz in Schwellingen habe. Es wird weiter über das Verhältnis dieser beiden Wohnsitze ausgeführt, was bereits in das Protokoll des Wahlkommissärs aufgenommen worden ist, und der Antrag gestellt, die für ungültig erklärten Stimmen für gültig erklären zu wollen. Der Erfolg würde sein, daß die deutsch-nationale Partei ein Mandat mehr bekommen würde.“

Die Abteilung war der Meinung, bei diesem Sachverhalt wäre nur eine Wahl, und zwar die des Rechtvorgesetzten auf der Vorschlagsliste der Zentrumspartei, für zweifelhaft zu erklären. Es kommt aber darauf nicht an, da nach Meinung der gesamten Abteilung auf Grund des zweiten Wahlprotestes die Wahl in ihrem ganzen Umfang als zweifelhaft zu erklären ist.

Die wesentlichen Punkte dieses 2. Protestes, der eingelegt ist von dem freideutschen Bürgerbund in Heidelberg, sind folgende:

1. Die Stimmen des Zentrums seien durch Durchschlagen des Druckes äußerlich erkennbar gewesen;

2. der Stimmzettel der Deutschen demokratischen Partei sei nicht aus weißem Papier und trägt den unzulässigen Vermerk: „ohne Unterschrift“;

3. Der Stimmzettel der Mehrheitssozialisten sei durchweg am linken Rand durch ein Wasserzeichen kenntlich gemacht.

Nach Meinung der Abteilung, die einstimmig gefaßt wurde, wird durch diese Wahlbeanstandungen die Wahl im Ganzen in Zweifel gezogen, und es wurde die Überweisung der Wahlakten an die Wahlprüfungskommission beschlossen. Der Antrag der Abteilung geht dahin.

Entsprechend den Anträgen der Abteilungen werden hierauf die Wahlen in den Wahlkreisen I und III als unbeanstandet erklärt, dagegen die Wahlakten über die Wahlen im Wahlkreis II und IV der Wahlprüfungskommission überwiesen.

Zu Ziffer 2 der Tagesordnung: Wahl des Präsidenten, der beiden Vizepräsidenten und der 4 Schriftführer, schlägt der Abg. Müller, Schopfheim (Soz.) einer Vereinbarung der Parteien des Hauses entsprechend vor, das Präsidium durch Juroren zu wählen und zwar zum Präsidenten den Abg. Kopf (Zentr.), zum I. Vizepräsidenten den Abg. Nemmele (Soz.), zum II. Vizepräsidenten den Abg. Müller (D. Dem. P.) und zu Schriftführern die Abgg. Frhr. von Gleichenstein, Roesch, Karl und Weber, Heidelberg.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Präsident Kopf übernimmt hierauf die Leitung der Verhandlungen mit folgender Ansprache:

Sehr geehrte Damen und Herren! Beim Antritt meines Amtes betrachte ich es als eine angenehme Pflicht, zunächst dem verehrten Herrn Alterspräsidenten für seine umsichtige Geschäftsführung unseren herzlichsten Dank auszusprechen (Beifall).

Namens der Gewählten kann ich erklären, daß wir die auf uns gefallene Wahl mit Dank annehmen. Was meine Person betrifft, so werde ich bestrebt sein, das mir übertragene Amt gerecht und unparteiisch zu verwalten, die uns obliegenden Geschäfte nach Möglichkeit zu fördern und die Ehre und die Würde der Nationalversammlung nach besten Kräften zu wahren (Lebhafte Beifall). Ich rechne dabei auf die nachsichtige Beurteilung von Ihnen allen und auf die freundliche Unterstützung jedes einzelnen von Ihnen. Wenn unsere Verhandlungen, wie ich fest überzeugt bin, getragen sind vom Geiste wahrer Duldsamkeit und gegenseitiger Wertschätzung, so wird es nicht schwer sein, sie richtig zu leiten und zu einem guten Ende zu führen, selbst wenn unsere Ansichten in dem einen oder anderen Punkte sogar erheblich auseinander gehen, und selbst wenn die Geister in dem einen oder anderen Punkte aufeinander prallen sollten.

Unsere Tagung, sehr verehrte Damen und Herren, fällt in eine außerordentlich ernste, schwere Zeit voll Sorgen und Heimtuchungen des deutschen Volkes. Nachdem unsere Wehrmacht gegen eine vielfach überlegene feindliche Übermacht jahrelange standgehalten, glänzende Siege und gewaltige Erfolge erzielt hat, haben wir im Hinblick auf das völlige Versagen und die Erschöpfung unserer Bundesgenossen und auf die fortschreitend zunehmende Übermacht unserer Feinde dem hoffnungslosen Blutvergießen ein Ende machen und einen Waffenstillstand mit harten, demütigenden Bedingungen annehmen müssen. Auch der Friedensschluß, der in den nächsten Monaten erreicht werden soll, wird für uns nach menschlichem Ermessen sehr harte Bedingungen bringen; er wird uns schwere Opfer auferlegen. Die ungeschmälerte Erhaltung des Reichsgebietes und auch unserer Kolonien ist gefährdet. Ein Teil des Reichs ist jetzt schon vom Feinde besetzt. Unsere Flotte ist von ihm beschlagnahmt. Unsere finanzielle Lage ist unsäglich traurig. Es ist hier nicht der Ort und heute nicht die Zeit, hier in eine Untersuchung darüber einzutreten, wer an dieser traurigen Lage die Schuld oder die Mitschuld trägt. Dagegen betrachte ich es als eine Ehrenpflicht und als ein Herzensbedürfnis für uns alle, daß wir heute zuallererst der Feldgrauen gedenken, die in einem 51 Monate dauernden Krieg die deutsche Ehre hochgehalten haben (Lebhafte Beifall). Wir gedenken in erster Linie jener, die auf dem Felde der Ehre im Kampfe für das Vaterland gefallen und größtenteils in feindlicher Erde bestattet sind. Wir gedenken in tiefster Dankbarkeit jener, die als Invaliden, teilweise schwer verkrüpp-

heit, nun die Denkmäler der schweren Strapazen und der Kämpfe an sich tragen. Wir gedenken namentlich auch jener, die noch in der Gefangenschaft schmachten, und wir wünschen und hoffen, daß sie recht bald befreit werden und die Möglichkeit haben, zu uns zurückzukehren.

Wir begrüßen die Krieger, die in den letzten Wochen zu uns heimgekehrt sind. Wir hätten zwar gewünscht und erwartet, daß wir sie in anderer Art hätten empfangen können. Die glänzenden Empfangs- und Siegesfestlichkeiten, die wir ihnen zubereitet hatten, haben wir ihnen nicht bereiten können. Aber unsere Herzen schlagen ihnen deshalb nicht minder dankbar entgegen. Sie haben gegenüber einer Welt von Feinden standgehalten bis zum letzten Kampftage. Sie sind in Wirklichkeit nicht besiegt. Sie haben die geliebte Heimat während vier Jahren gegenüber einem an Zahl mehrfach überlegenen Gegner vom Feinde frei gehalten, glorreiche Siege und beispiellose Erfolge zu Wasser und zu Lande wie auch in der Luft errungen und urther unerhörten Strapazen mehr als 4 Jahre den Ruhm deutscher Tapferkeit und Manneskraft in allen Weltteilen verbreitet. Der heiße Dank des deutschen Volkes bleibt ihnen deshalb trotz unseres schließlichen Mißerfolges für alle Zeit gesichert, und dieser Dank wird bei der Volksvertretung hauptsächlich auch darin seinen Ausdruck finden müssen, daß wir ihnen den teilweise schwierigen Übertritt ins bürgerliche Leben nach Möglichkeit auf gesetzlichem Wege erleichtern und daß wir für die Hinterbliebenen der Gefallenen und für die Invaliden in auskömmlicher Weise sorgen. Es wird hier eine Ehrenschuld heimzuzahlen sein, der sich trotz der finanziellen Schwierigkeiten das deutsche Volk niemals entziehen wird (Lebhafter Beifall).

Der Krieg hat, wie auf allen Gebieten, auch auf wirtschaftlichem Gebiete viele Ruinen geschaffen, und es wird des äußersten Aufgebots aller finanziellen und wirtschaftlichen, aber auch moralischen Mittel bedürfen, um all den großen Bedürfnissen in absehbarer Zeit gerecht zu werden und es zu ermöglichen, daß aus den Ruinen wieder neues Leben erblüht, wie wir es hoffen und wünschen.

Der militärische Zusammenbruch hat auch eine Umwälzung unserer staatlichen Verhältnisse im Gefolge gehabt. Die Mängel und Fehler, die Verfehlungen und Mißerfolge des alten Regiments haben zuerst im Reich und in Preußen zur Revolution geführt, und das Verlangen, daß künftighin das Volk selbst seine Regierung und seine Geschicke bestimme und besonders die Entscheidung über Krieg und Frieden in die Hand nehme, hat mit elementarer Gewalt zur Einführung der republikanischen Staatsform geführt. Auch in Baden ist das geschehen, obwohl bei uns alle darüber einig waren, daß Großherzog Friedrich II. für den Krieg und die Fehler des alten Regiment nicht verantwortlich gemacht werden kann. Die badische vorläufige Volksregierung hat, als sie den denkwürdigen Thronverzicht des Großherzogs vom 22. November vorigen Jahres in der „Karlsruher Zeitung“ bekannt gab, mit Recht darauf hingewiesen, daß die Änderung der Staatsform in Baden die Folge der westpolitischen und gesamtdeutschen Entwicklung ist, daß der Großherzog im Interesse des badischen Volkes die Folgerungen aus der von ihm persönlich nicht verschuldeten Lage gezogen hat. Die vorläufige Volksregierung hat weiterhin anerkannt, daß der Großherzog die Liebe zur badischen Heimat und zum badischen Volk auch in den für ihn so weittragenden Entschlüssen dieser Tage wieder betätigt hat. Sie hat gedacht der Werke edler Menschlichkeit der Großherzogin Mutter und der Verdienste des Prinzen Max um die Demokratisierung Deutschlands und um den Gedanken der Völkerverbrüderung. Ich glaube, verehrte Damen und Herren, heute bei Eröffnung der Nationalversammlung es als Meinungsäußerung des ganzen badischen Volkes wohl feststellen zu können, daß es sich diesen anerkennenden Worten der vorläufigen badischen Volksregierung gern angeschlossen hat und anschließt (Lebhafter Beifall), und daß es dem Großherzog und seiner Familie, die mehr als ein Jahrhundert die Geschicke des badischen Staates und während eines Jahrtausends die Geschicke wenigstens eines großen Teils des badischen Staates bestimmt hat, eine dankbare Erinnerung bewahren und die vorbildlich treue Sorge des früheren Landesfürsten für das Wohl des Landes und Volkes, aber auch die großen Verdienste seiner hochbetagten Mutter und des Prinzen Max jederzeit anerkennen wird (Lebhafter Beifall).

Nachdem die durch den Krieg geschaffenen gänzlich veränderten Zeitverhältnisse und Umwälzungen eine Änderung der Regierungsform herbeigeführt haben, stehen wir heute an einem großen weltgeschichtlichen Wendepunkt. Aufgabe der

Nationalversammlung wird es sein, dem Reich und den Einzelstaaten zunächst neue Verfassungen zu geben und das Fundament zu schaffen, auf dem sich die neue Gesellschaft aufbauen soll. An der Reichseinheit unentwegt festhaltend, so lange nicht etwa Berliner Terrorismus ein Abrücken notwendig macht, wollen wir, ungebeugt durch das Unglück der letzten Jahre und überzeugt, daß so manche in unserem Volksleben zutage getretenen trüben Schatten der letzten Zeit nur als vorübergehende Krankheitserscheinung zu betrachten sind, mit mutiger Entschlossenheit und im Vertrauen auf den im Grunde genommen guten Kern des ganzen deutschen Volkes und seine Tüchtigkeit an unsere Arbeit herantreten und uns bemühen, unseren Staat zu einem demokratischen Gemeinwesen im besten Sinne des Wortes, zu einem wahren Wohlfahrtsstaat auszubauen und ihm den Ruhm zu erhalten, eines der bestregierten staatlichen Gebilde zu sein, wie er bisher diesen Ruhm gehabt hat. Soll dies erreicht werden, sollen die vielen durch den Weltkrieg geschlagenen Wunden geheilt werden, soll die in manchen Kreisen leider gesunkene Moral wieder gehoben werden, so werden auch die Volksvertretungen führend eingreifen und in Gemeinschaft mit allen die Richtung unseres Volkslebens erzählerisch bestimmenden Kräften, vorab der Schule und Kirche, unserem Volke zum Bewußtsein bringen müssen, daß wir, jetzt ein armes Volk geworden, nur durch Arbeit, Einfachheit und Gottesfurcht in die Höhe kommen und im Rate der Völker wieder Geltung erlangen können.

Die Aufgaben, die uns gestellt sind, sind hochbedeutend, und die baldige Fertigstellung der Verfassung ist brennend. Möge es uns gelingen, den Erwartungen des Volkes zu entsprechen und, den Bedürfnissen einer neuen Zeit gerecht werdend, gesetzgeberische Arbeiten zu leisten, welche die notwendige Bereinigung der Gemüter herbeiführen, die Ersetzung der provisorischen Gewalten durch gesetzmäßige Organe in die Wege leiten und normale Verhältnisse und Rechtssicherheit wieder herbeiführen, aber auch wieder die Grundlage abgeben zum starken Wiederaufbau unseres erschütterten staatlichen Lebens. Das wolle Gott! (Beifall).

Zu Ziffer 3 der Tagesordnung: Beschlußfassung über die zu bildenden Kommissionen und Bildung derselben, wird, einer Vereinbarung der Fraktionen entsprechend, die Wahlprüfungskommission aus folgenden 7 Abgeordneten gebildet:

Wittmann (Zentr.), Seubert (Zentr.), Strobel (Soz.), Roesch (Soz.), Dr. Glodner (D. Dem. P.), Jhrig (D. Dem. P.), Karl (D.-natl. P.).

Auf Vorschlag des Abg. Dr. Schofer wird weiter, einer Vereinbarung der Fraktionen entsprechend, eine Geschäftsordnungscommission mit folgenden 14 Mitgliedern gebildet:

Koedel (Zentr.), Wittmann (Zentr.), Mast (Zentr.), Straub (Zentr.), Otto (Zentr.), Ged (Soz.), Kahn (Soz.), Kaufsch (Soz.), Samann (Soz.), Horter (Soz.), Dr. Glodner (D. dem. P.), Massa (D. dem. P.), Niederbühl (D. dem. P.), Schöpfl (D.-natl. P.).

Die Geschäftsordnung der früheren Zweiten Kammer der badischen Landstände soll vorerst für die Nationalversammlung maßgebend sein.

Ferner wird auf Vorschlag des Abg. Dr. Schofer (Zentr.) auf Grund einer Vereinbarung der Fraktionen die Verfassungskommission aus folgenden 21 Mitgliedern gebildet:

Dr. Bernauer (Zentr.), Köhler (Zentr.), Kopf (Zentr.), Dr. Schofer (Zentr.), Weißhaupt (Zentr.), Wittmann (Zentr.), Dr. Zehner (Zentr.) und Ziegelmaier (Zentr.), Dr. Dieb (Soz.), Raier (Soz.), Kemmele (Soz.), Dr. Kraus (Soz.), Weißmann (Soz.), Strobel (Soz.), Regenscheid (Soz.), Dr. Glodner (D. dem. P.), Dr. Gothein (D. dem. P.), Goldermann (D. dem. P.), König (D. dem. P.), Rufer (D. dem. P.), Mayer (D.-natl. P.).

Der Präsident gibt hierauf noch folgende weitere Eingänge bekannt:

1. Eingabe der Bezirksgruppe Pforzheim des Reichsbundes zum Schutze der Deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen an der Bitte um die geeigneten Schritte für möglichst baldige Befreiung der letzteren aus der Gefangenschaft.

Die geschäftliche Behandlung dieser Eingabe wird vorbehalten.

2. Bericht des Archibariats mit dem Vertrag über die Vergebung der durch die Nationalversammlung entstehenden Druckarbeiten.

Der Bericht wird der Geschäftsordnungskommission überwiesen.

3. Eingabe des Hauptlehrers Artur Ruf in Endingen mit einer Denkschrift über die nationale Erziehung.

4. Krankheitsanzeige des Abg. Duffner.

5. Urlaubsgeſuch des Abg. Geiler für einige Tage zum Zweck einer unerschrieblichen Reise.

Der erbetene Urlaub wird erteilt.

Hierauf erhält das Wort:

Präsident der vorläufigen Volksregierung Geiß:

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Im Namen des badischen Volkes begrüße ich die verfassunggebende Nationalversammlung unseres Freistaates. Im Namen der vorläufigen Regierung heiße ich Sie herzlich willkommen als sehnsüchtig erwartete Arbeiter am großen Werk des politischen und wirtschaftlichen Neuaufbaues unseres engeren Heimatlandes. Dieser erste republikanische Landtag Badens ist der durchs Volk selbst gesetzte Schlufstein des revolutionären Abschnitts der politisch-sozialen Umwälzung und zugleich der Grundstein zur gesetzlichen Neuordnung. In seiner politischen Zusammensetzung ist dieses Haus das getreue Abbild des Volkswillens. Das reinste aller demokratischen Wahlverfahren hat dieses Ergebnis geschaffen. Schon diese innere Wahrheit läßt uns ein tatkräftiges erspriehliches Zusammenarbeiten erhoffen. Hoffnung aber und den starken Glauben an unsere Zukunft brauchen wir heute mehr denn je (Beifall).

Der unglücklich ausgegangene Krieg hatte die Kraft des deutschen Volkes weit über das erträgliche Maß hinaus erschöpft. Der unvermeidliche Ausgang des ungleichen Ringens stand bei den alten Machthabern des deutschen Reiches lange fest, bevor der Mut zum Eingeständnis und zu den unumgänglichen Folgerungen gefunden wurde. Da hat die letzte Kraft des bewaffneten Volkes die Folgerungen selbst gezogen. Ein todesmutiges, vier Jahre lang siegreiches Heer wollte nicht mehr länger nutzlos Ströme Blutes vergießen.

Unsere badischen Truppen haben ihren ruhmreichen Anteil am Schutze unseres so nahe am Kriegstand gelegenen Landes gehabt. Festgehalten in den gefährlichsten Frontabschnitten des Westens haben sie — wir dürfen das mit gutem badischen Stolz sagen — Übermenschliches geleistet und beim Zusammenbruch der alten Herrschaft die würdige Ruhe von Männern gewahrt, die bei aller Entschlossenheit wissen, was sie ihrer Ehre und ihrem Lande schuldig sind (Beifall). Der unauslöschliche Dank von Kindern und Kindeskindern wird die höchste Kriegsauszeichnung unserer Soldaten, der Mannschaften, wie der Offiziere, bleiben. Des gesamten badischen Volkes Ehrenaufgabe aber wird es sein, über die gesetzlichen Leistungen hinaus unseren Kriegsinvaliden die Bitternis zu ersparen, die ein Leben voller Lndank mitten in einer durch ihre Tapferkeit unberührten Heimat wäre. Unseren Toten aber im Feindesland entbieten wir unseren ehrfurchtsvollen Gruß!

Ich habe es für meine erste Pflicht gehalten, dem Anfang unserer Tagung eine besondere Weihe zu verleihen durch den Dank an die Männer und Jünglinge unserer Heimat, die für uns in so langem Ausharren gelitten und gestritten haben und von denen wir auch einige in unserer Mitte begrüßen können.

Wir haben den Krieg verloren, die Ehre haben wir nicht verloren (Beifall). Die unmittelbare Folge des verlorenen Krieges aber war die mit dem 9. November letzten Jahres einsetzende politische Umwälzung. Von schweren Fesseln wurden wir befreit. Wir stehen als Badener im Frühschein der politischen Freiheit eines wahren Volksstaates, in dem die Grundsätze der Demokratie und der Geistesfreiheit höchstes Gesetz sind. Aber niemand unter uns, kein ernster Mann und keine denkende Frau unseres Volkes wird sich von der gewaltigen Verantwortung ablehnen wollen, die diese Freiheit auf unser aller Schultern legt. Wir müssen es besser machen, als die alten Gewalten! Sonst werden unsere Kinder unsere unerbittlichen Richter sein (Lebhafte Zustimmung).

An dem Kriegsbeginn und an dem Kriegsausgang hatte der frühere Großherzog unseres Landes keinen Anteil. Die vorläufige Regierung des Volksstaates Baden hat es sich deshalb nicht nehmen lassen, dem scheidenden Träger der Krone und dem Thronfolger ihren Dank auszusprechen für den von Engbergigkeit freien Geist, in dem sie als die Glieder der erblichen

Dynastie Badens ihre Aufgabe erfüllt und erfüllt haben (Beifall).

Die Umwälzung hat sich in unserem Bundesstaat innerhalb der alten staatlichen Grenzen vollzogen. An größeren und kleineren Versuchen, diese Grenzen zu ändern, hat es nicht gefehlt. Wir haben jedesmal kräftig abgewunken. Es war ein guter Wurf, als Napoleons gewaltige Hand den mehr beschaulich heiteren Stamm der Alemannen mit dem lebhafteren und tatkräftigeren Frankenvolk der Pfalz und des Taubergs zu einem südwestdeutschen Staatengebilde zusammenformte. Was immer die Zukunft bringt, Badener wollen wir bleiben. Baden soll erhalten bleiben als selbständiger Bundesstaat im Rahmen des Reiches (Beifall).

Gerade weil wir als südwestliches Grenzland besondere Versuchungen abzuwehren haben, und gerade weil der alte deutsche Traum der Reichseinheit und der Republik im Jahre 1848 und 1849 in unserem Lande besonders die Herzen bewegte, wird es in weniger gefährdeten Bundesstaaten verstanden, wenn wir laut über alle deutschen Gauen hinrufen: „Nüchtern nicht am Reich! (Beifall). Wir wollen vor allem ein großer deutscher Volksstaat bleiben! (Beifall).

Kommen unsere Brüder aus Deutschösterreich noch zu uns, so werden wir als einstige Vorderösterreicher die alte Freundschaft gerne erneuern und uns am größeren Süden freuen, (Beifall).

Mögen aber auch die Männer der Reichsregierung wissen, daß wir keine übertriebene Zentralisation wünschen (Sehr gut!), und daß eine neue preussische Vorherrschaft dadurch nicht erträglich wird, daß die Staatsform gewechselt hat (Sehr richtig!). Gewiß, wir verdanken der preussischen Eigenart und Tatkraft mancherlei; auch in der deutschen Republik wird Preußen mit Recht den seiner Größe entsprechenden Einfluß ausüben. Aber auch wir wollen unsere Eigenart entfalten können, und der Einfluß des badischen Staates auf die Reichsgeschäfte muß gesichert bleiben (Beifall).

Meine Damen und Herren! Noch stehen wir vor den geschlossenen Toren des Friedens und warten, bis sie aufgehen. Sie zu sprengen, hat Deutschland keine Macht mehr. Ein hartnäckiger Sieger hält die Blodade weiterhin aufrecht. Während angeblich die Waffen ruhen, tötet und gefährdet er wehrloses deutsches Menschenleben, besonders unter unserer Kinderwelt. Wir erheben mit aller Macht Einspruch gegen diese himmelschreiende Ungerechtigkeit (Zustimmung). Die Friedensbedingungen werden auch im allergünstigsten Falle sehr schwer. Es darf aber auch nicht unausgesprochen bleiben, daß allein die rascheste Befestigung der neuen Zustände dem Feind jene Achtung abnötigen wird, die uns einen Verhandlungsfrieden anstatt eines Diktaturfriedens vielleicht noch gewähren kann. Nur mit Sorge können wir deshalb nach der Reichshauptstadt blicken (Sehr richtig!). Wir haben kein Verständnis dafür, daß wir den Krieg durch die Schuld kleiner Berliner Gruppen noch einmal verlieren sollen (Sehr richtig!). Wir hoffen, daß es der Regierung Ebert-Scheidemann gelingt, dauernd Ordnung zu schaffen (Beifall).

Die Verantwortung für die ruhige Verankerung der Errungenschaften einer Umwälzung, wie wir sie erlebt haben, ist in erster Reihe eine innerste Angelegenheit des Gewissens jedes Staatsbürgers und jeder Staatsbürgerin. Es heißt: „Adel verpflichtet“. Noch mehr verpflichten Demokratie und Sozialismus (Zustimmung). Der einzige Adel des künftigen, einem neuen Leben sich entgegen ringenden Deutschlands, wird der Adel der Arbeit sein (Beifall). Der Arbeiter, der glaubt, unter böllig sozialistischer Führung sei der Aufbau unseres zerrütteten Staatswesens anders möglich, als durch ernste Arbeit, der befindet sich in einem fundamentalen Irrtum (Sehr richtig!). Die einstige hohe Menschheitsforderung des „Rechtes auf Arbeit“ darf nicht jetzt wie eine ungelegene Last beizute geschoben werden. Jede Schiebung der Begüterten bei ihren Rettungsversuchen vor den kommenden Vermögensabgaben ist Diebstahl am Staatsgut und kann nicht scharf genug geahndet werden (Lebhafte Zustimmung). Aber die Machtmittel der Regierung, diese Schädiger des Staates zu fassen, sind viel größer als ihr Einfluß, die großen Massen des werktätigen Volkes wieder in die Bewegung produktiver Arbeit zu setzen. Die Regierung ist sich bei dem vorhandenen Rohstoffmangel und der überstürzten Demobilisierung der ganzen Schwierigkeit der Arbeitslosenfrage wohl bewußt. Soldaten und Arbeiter haben dem Volk die politische Freiheit gebracht, um die es Jahrzehnte gerungen. Sie wäre ein Danaergeschenk, wenn die Arbeiterschaft nicht das Werk vollenden und das Land vor wirtschaftlichem Untergang erretten würde (Sehr richtig!). Es wird der Stolz der Arbeiterschaft unseres Landes sein, im

neuen demokratischen und sozialen Volksstaat die machtvollen Worte des Dichters in selbstbewusster Kraft umzulehren und sie zur Tat werden zu lassen:

„Alle Räder gehen wieder,
Recht das Volk die starken Glieder!“ (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Wir sind ein demokratischer und sozialer Volksstaat. Das bedeutet, daß es aus sein muß mit der menschenunwürdigen Ausbeutung des Arbeiters durch das Kapital (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten). Müßig gehende Aktionäre, arbeitslose Dividendenbezieher, kurz herausgesagt, Schmarotzer an ehrlicher Leute Arbeit haben keinen Anspruch auf Schonung in einem sozialen Volksstaat (Lebh. Zustimmung auf allen Seiten des Hauses). Aber abgesehen davon, daß die Sozialisierung eine Reichsfrage ist, darf auch hier der nüchterne Tatbestand nicht übersehen werden. Selbst der radikale Theoretiker des Sozialismus, Karl Kautsky, hat vor einer jezt schon durchzuführenden allgemeinen Sozialisierung als einem für die Wirtschaft und vor allem für die Arbeiterschaft selbst lebensgefährlichen Experiment gewarnt (Abg. Dr. Schofer: Hört, Hört!). Wo nichts ist, da haben auch die Republiken das Recht verloren (Sehr richtig!). Das Beispiel Rußlands zeigt es, wie eng neben einer streng durchgeführten Sozialisierung Hungersnot, Cholera und Erfrierungstod als Massenerscheinung bestens gedeihen können (Zustimmung rechts). Die vorläufige Regierung des badischen Volksstaates denkt und empfindet in ihrer Mehrheit sozialistisch, aber sie vergißt nicht, daß die Revolution mit ihren vorwiegend militärischen Grundursachen zwar unsere alten politischen Zustände sturmreif, unsere Wirtschaft aber in dem denkbar ungünstigsten Zustand für eine Neugestaltung vorfindet. Die bittere Wahrheit ist, daß wir nur die Wahl haben zwischen den beiden Parolen: Arbeiten, arbeiten und nicht verzweifeln! oder: Nicht arbeiten, hungern und verzweifeln! (Hört, hört! und lebh. Zustimmung rechts). Der Versuch, einen Ausweg aus dieser Alternative im Volksevidenzismus zu suchen, wird nach kurzem Nausch ein Ende voller Schreden und Kirchhofruhe sein (Sehr richtig! rechts).

Und nun lassen Sie mich nach diesen Betrachtungen allgemeiner Natur, denen Sie die Berechtigung in dieser Zeit voll ungelöster allerhöchster Fragen nicht versagen werden, die nächsten Aufgaben der badischen Nationalversammlung ins Auge fassen.

Zunächst wird zu erwägen sein, ob die vorläufige Volksregierung bis zur Schaffung der Verfassung bestehen bleibt und von der Nationalversammlung bestätigt wird, oder ob Sie eine neue Regierung bilden wollen. Namens der vorläufigen Volksregierung stelle ich unsere Ämter der Nationalversammlung zur Verfügung.

Die Hauptarbeit der nächsten Wochen wird ausgefüllt werden durch die Vollenbung des Verfassungswerkes. Das Gesetz kann nicht rasch genug unter Dach und Fach gebracht werden. Der Entwurf sieht die Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung nach dem direkten geheimen Verfahren unter Anwendung des Verhältnisprinzips vor. Die Voraussetzungen für eine erste Kammer sind durch die politische Umwälzung weggefallen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten).

Die Gemeindevahlen werden von der Klasseneinteilung befreit und demokratisiert (Beifall links). Das Haus wird die durch den Wahlausfall selbstverständlich gewordenen Forderungen die Zustimmung kaum versagen.

Unsere Schulen sind die zweitwichtigste Sorge der Regierung. Die Volksschulbildung ist das Fundament der ganzen Volksbildung. Ein frischerer, freierer Geist wird unsere Schulhäuser durchwehen müssen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Dabei wird es bei den zerstörenden Wirkungen des Krieges unter unserer jahrelang vaterlosen Jugend in hohem Maße einer einsichtigen Zucht bedürfen. Ich rufe von dieser Stelle aus alle Männer und Frauen unseres Volkes auf, zu brechen mit dem Geist eines schlaffen Geschehenlassens gegenüber einer sich revolutionär gebärdenden, in Wirklichkeit aber verwahrlosten Jugend in allen Bevölkerungsschichten von unten bis oben (Lebhafte Zustimmung). Allein der Schwung einer idealistischen Weltauffassung, die in das Kinderherz gepflanzt wird, kann unsere Jugend über die Schwere der kommenden Zeiten hinwegtragen (Sehr gut! links). Auch darf neben der Vermittlung des Wissens gerade in unseren harten Zeiten eines nicht vergessen werden, vom ersten Schuljahre an: die Formung und Festigung des Charakters! (Lebhafte Zustimmung auf allen Seiten des Hauses).

Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche sollte für die nächsten Jahre eine neutrale Zone der Politik in diesem Hause werden. Es kann bei gutem Willen von allen Seiten und besonders bei voller Anerkennung auch der kleinen Religionsgemeinschaften nicht schwer sein, hier einen friedlichen Ausgleich für die Jahre des Neuaufbaues zu finden (Sehr richtig! links).

Auf dem Gebiete der Sozialpolitik muß das Menschenmögliche geschehen, um die Lage der Arbeiter erträglich zu gestalten.

Meine Damen und Herren! Als Nachbarland werden wir keinen leichten Stand dem Elsaß gegenüber haben. Das alte System hat schon im Frieden im Elsaß schwere Fehler gemacht. Im Kriege aber hat die militärische Verwaltung im Elsaß eine maßlose Verbitterung erzeugt (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Trotzdem sind wir überzeugt, daß die Elsäßer nie vergessen werden, daß sie nach Abstammung und Sprache zum deutschen Kulturkreis gehören (Lebhafte Zustimmung). Unseren Alemannen im Oberlande sind sie verwandt. Wir werden in erster Reihe berufen sein, die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit dem Nachbar mit Taftgefühl und Selbstbewußtsein wieder aufzunehmen (Beifall bei den Sozialdemokraten).

So sehen wir uns vor eine Reihe von Aufgaben gestellt, aus denen ich nur einige wichtige hervorgehoben habe.

Für wen schaffen wir das alles? Für das nachkommende Geschlecht! Für unsere Jugend! Sie wird uns Ältere nicht entbehren können, wie sie es oft meint. Wir waren aber auch einmal jung und haben lernen müssen, daß man auf einander angewiesen ist. Alle, Jung und Alt, Reich und Arm, Gelehrte und Ungelehrte, Arbeiter, Bürger und Bauer, alle müssen wir zusammenhalten. Uns umringt die harte Gegenwart. Da wollen wir uns aufreden und stolzen Mutes inmitten einer Welt von Trümmern sagen:

Trotz alledem! Das badische Volk will Frieden, Freiheit und Brot! Noch ist keines von den dreien gesichert. Wir werden sie aber alle drei erringen, wenn wir vor allem eines sind: Einig, einig, einig! Es lebe die junge Republik, der soziale demokratische Volksstaat Baden! (Lebhafte Beifall und Hände klatschen im ganzen Hause).

In der allgemeinen Beratung erhalten das Wort:

Abg. Dr. Schofer (Zentr.):

Der gegenwärtigen Lage Rechnung tragend, hat mich meine Fraktion beauftragt, eine kurze programmatische Erklärung abzugeben zu der Hauptfrage, die Herr Ministerpräsident Geiß als dringlich für die Gegenwart angeregt hat. Diese Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Unser erstes Wort gilt unseren braven, tapferen Feldgrauen, die vom Kriegsschauplatz heimkehren; wir begrüßen sie mit warmem Herzen und entbieten ihnen unseren herzlichsten Dank für die gewaltigen, todesmutigen Opfer in dem blutigen Völkerringen. Den Todesopfern aber bewahren wir ein frommes Andenken.

Der Heimatarmee, speziell den Frauen, sagen wir für ihre heldenhafte Haltung durch die langen Kriegszeit, für alles, was sie gearbeitet und gelitten haben, ein herzlich Vergeltungsgott (Beifall).

Zu den vielen großen Fragen der Rede des Herrn Präsidenten Geiß Stellung zu nehmen, dazu wird sich in den kommenden Beratungen reiche Gelegenheit bieten. Nur eine einzige Angelegenheit fordert unsere sofortige Stellungnahme heute schon.

Die Zentrumsfraktion hat als erstes, wichtigstes Ziel im Auge, unserem badischen Vaterland wieder das hohe Gut der öffentlichen Ordnung, vor allem eine Verfassung, zu geben. Um diesem Ziele zu dienen, ersuchen wir die vorläufigen Leiter der Staatsgeschäfte, diese bis zur Einführung der neuen Verfassung weiter besorgen zu wollen (Beifall). Die vorläufige Regierung ist von dieser Stunde an getragen von der Autorität der Nationalversammlung und nur dieser verantwortlich. Wir hoffen und vertrauen dabei, daß ein verständnisvolles Zusammenarbeiten der Leiter der vorläufigen Regierung mit den Erwählten des badischen Volkes dem Lande zum Segen gereichen werde.

Das walle Gott! (Beifall).

Hg. Dr. Dietz (Soz.):

Im Namen und Auftrag der sozialdemokratischen Partei habe ich Ihnen sechs Sätze vorzutragen, als deren ersten, daß die sozialdemokratische Partei den Mitgliedern der bisherigen vorläufigen Volksregierung dankt für ihr opferwilliges Eintreten und für ihre bisherige Tätigkeit im Interesse unseres Landes, und daß sie die Mitglieder der vorläufigen Volksregierung bittet, so lange weiter ihres Amtes walten zu wollen, bis die neue Verfassung beschlossen ist und die neue Regierung auf Grund der neuen Verfassung gebildet werden kann.

Als Satz 2: Die sozialdemokratische Partei billigt das von der Regierung vorgelegte Programm. Sie schließt sich aufs wärmste dem Dank der Regierung an unsere Feldgrauen, sowie den Erinnerungsworten an unsere Toten und den Begrüßungsworten an die Heimkehrten an und begrüßt insbesondere aufs herzlichste, daß endlich hier in unserem Kreise ein altes Ziel unserer Demokratie und Sozialdemokratie wahr geworden ist, daß wir die Frauen zur sozialen Mitarbeit dank des neuen Wahlrechts in unserer Mitte begrüßen können; aber wir legen ein entscheidendes Gewicht darauf, am heutigen Tage hier festzustellen, daß wir gemäß den Grundsätzen unseres Erfurter Programms in der Demokratisierung unserer Staatsverfassung nur ein Mittel sehen, um für die Sozialisierung des Wirtschaftslebens die Wege zu bahnen und der sozialen Gerechtigkeit im Interesse der wirtschaftlich Kleinen und Mittleren in Landwirtschaft und Arbeiterschaft, Handel und Industrie, in den freien Berufen, in den Künsten und Wissenschaften, in der Beamtschaft und dem Soldatenstande, also im Interesse der weitaus überwiegenden Masse unseres Volkes gegenüber den Interessen des Großgrundbesitzes und des Großkapitalismus zum Siege zu verhelfen.

Als Satz 3: Die Sozialdemokratie verlangt demgemäß vor allem die unbedingte Erhaltung und Sicherung der Errungenschaften der Revolution auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete, in erster Linie des jetzigen Wahlrechts und des Achtstundentags. Wir verlangen die sofortige Rugharmmachung des Großgrundbesitzes für die Förderung der kleinen und mittleren Landwirtschaft, die Reform des Beamten- und Militärrechts, großzügige Maßnahmen zum Abbau der Kriegswirtschaft, zur Wiederaufrichtung unseres Wirtschafts- und Lehrwesens, zur Durchführung einer weitgehenden sozialen Fürsorge, insbesondere auf dem Gebiet des Wohnungswesens und des Schutzes der Arbeitslosen, für Letztere namentlich durch alsbaldige Inangriffnahme der großen volkswirtschaftlich bedeutungsvollen Arbeiten des Ausbaus der Wasserkräfte, der Elektrizitätsversorgung, der Stromanalisationen.

Als vierten Satz: Die sozialdemokratische Partei steht selbstverständlich und unerschütterlich auf dem Boden der geschlossenen Einheit des deutschen Volkes unter Wahrung der bundesstaatlichen Stellung und der militärischen Hoheitsrechte Badens und begrüßt freudig alle Schritte zum Anschluß abgetrennter deutscher Volksteile, insbesondere der Deutschen Österreichs, soweit diese den Willen haben, sich mit dem übrigen deutschen Volke zusammenzuschließen.

Fünftens endlich, aber dafür ganz besonders deutlich, bekennt die sozialdemokratische Partei sich dazu, daß alle die von ihr im Wege der Demokratisierung und Sozialisierung erstrebten materiellen Verbesserungen nur Mittel sein sollen, um den geistigen, sittlichen und kulturellen Fortschritt unseres ganzen Volkes immer mehr zu fördern und zu sichern, Mittel, um nicht nur materielle Armut und materielles Elend, sondern auch Verwilderung, Rohheit und Unkultur in jeder Form immer mehr zurückzudämmen und auszutilgen und damit die Grundlage zu schaffen für eine Staats- und Wirtschaftsordnung, in der unter absoluter Ausschaltung jedes Glaubens- und Gewissenszwanges alle Kulturkräfte in segensreichen Wettkämpfe sich frei und ungehemmt entfalten können.

Satz 6: In diesem Sinne werden wir hier mit der Regierung und mit den anderen Parteien des Hauses zusammenarbeiten, und wir hoffen, daß die Arbeit dann zum Wohle und Segen des badischen Landes und Volkes und damit auch zum Wohle und Segen unseres großen deutschen Vaterlandes und Volkes ausschlagen wird (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Hg. König (D. Dem. P.):

Die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten ist uns erst im Laufe des Vormittags bekannt geworden; wir werden uns deshalb darauf beschränken, nur eine kurze Antwort heute

darauf zu geben. Wir behalten uns vor, auf Vieles, was in dieser Erklärung steht, später bei gegebener Gelegenheit zurückzukommen.

Wir sind damit einverstanden, daß die jetzige Regierung die Geschäfte weiterführt, bis die Nationalversammlung eine neue Regierung bestellt hat. Wir geben uns der Erwartung hin, und wollen das Unfrige dazu beitragen, daß zwischen Volksregierung und Nationalversammlung ein Verhältnis gegenseitigen Vertrauens bestehen wird, getragen von dem gemeinsamen Willen, dem Lande Baden in dieser schweren Zeit nach besten Kräften und bestem Können zu dienen, vor allem ihm zunächst eine Verfassung zu geben und geordnete Zustände herbeizuführen.

Die Männer der Regierung — das habe ich hervor — haben unter außerordentlich schweren Umständen ihr Amt übernommen und haben es mit großer persönlicher Energie geführt. Dafür haben sie Anspruch auf unseren Dank. Aber neben den Männern der Regierung besteht eine ganz große Klasse von anderen, die lebhaften Anspruch auf unseren Dank und unsere Anerkennung haben, das sind die badischen Beamten hoch und nieder, die Angestellten und Arbeiter; ohne deren Pflichtgefühl, das sie an ihrem Posten festgehalten hat, wird es kaum möglich sein, den badischen Staat aus dieser schwierigen Zeit möglichst ohne Schaden in die neuen Verhältnisse hinüberzuführen (Sehr gut! bei den Demokraten).

Dem Dank an Heer und Volk schließen wir uns an. Es ist für uns alle schmerzlich, daß unser Heer nach in der Geschichte beispiellosem Heldentum und glänzenden Siegen den Endsieg nicht hat erringen können. Das ist unser schweres tragisches Geschick. Zu rechten ist hier nicht der Ort.

Der Herr Präsident der vorläufigen Regierung hat in seiner Erklärung eine Fülle von Gedanken niedergelegt. Vieles von dem, was er darin ausgesprochen hat, findet unsere freudige und volle Zustimmung. Manchem gegenüber aber müssen wir unsere Vorbehalte machen, und wir werden darauf zurückkommen, wenn die Gegenstände zur Beratung stehen, wo es gilt, auf dem Felde der Praxis Farbe zu bekennen. Einstweilen können wir nur sagen, daß wir bereit sind, auf dem Boden der Programme, die vorliegen, mitzuarbeiten. Aber nur eines will ich betonen: in dem neuen demokratischen Staat gibt es nicht bloß Arbeiter, sondern es gibt auch ein Bürgertum, und die Rechte dieses Bürgertums wollen wir gewahrt haben, ebenso wie die Interessen der Arbeiter (Sehr gut! bei den Demokraten).

Es hat uns angenehm berührt, daß der Herr Präsident für den früheren Großherzog gute Worte gefunden und in würdiger Weise seiner gedacht hat (Beifall bei den Demokraten).

Sehr lebhaften Widerhall hat in uns gefunden das entschiedene Bekenntnis zum Reich, daß die Einheit des Reichs unbedingt erhalten werden und daß Baden als selbständiger Bundesstaat ein Glied dieses Reichs sein müsse. Wir sind ganz damit einverstanden, daß die Interessen des Bundesstaats Baden energisch gewahrt werden in alle Zukunft, aber es muß ausgesprochen werden, und ich glaube, das wird auch im Sinne des Herrn Präsidenten selber sein: wir brauchen zur Einheit des Reichs eine feste Zentralgewalt.

Es hat uns freudig berührt, daß der Herr Präsident nicht bloß von der Einheit des Reichs gesprochen, sondern auch als ein erstrebenswertes Ziel hingestellt hat: ein Reich, das alle Deutschen in sich schließt, in welches namentlich unsere deutschen Brüder in Österreich zurückgekehrt sind (Beifall bei den Demokraten). Wir begrüßen dieses und freuen uns von Herzen, wenn dieser alte Traum unserer Väter in Erfüllung gehen könnte (Beifall bei den Demokraten).

Es ist vom Herrn Präsidenten am Schlusse seiner Erklärung sehr wohlklingend betont worden, daß es in dieser schweren Zeit vor allem ein Gebot sei, einig, einig zu sein, daß alle, hoch und nieder, arm und reich, berufen sind, in dieser Zeit zusammenzuarbeiten, zusammenzuarbeiten hier in der Nationalversammlung. Diesen Ruf nehme ich meinerseits auf, unterstütze den Geist, in dem der Herr Präsident ihn gesprochen hat, aufs lebhafteste und möchte ihn wiederholen aus den Reihen des Hauses an die Mitglieder und sagen: Möge diese Einigkeit auch zum gegenseitigen Verständnis führen und möge es der Nationalversammlung beschieden sein, die ihr bevorstehenden Aufgaben einer glücklichen Lösung entgegenzuführen, so daß die Tagung, in die wir jetzt eintreten, in der Geschichte Badens dereinst ein Meilenstein sein wird, auf dem geschrieben steht: Es war die badische Nationalversammlung von 1919, welche die Grundlage zu dem neuen geordneten Staate Baden gelegt hat (Lebhafter Beifall bei den Demokraten).

Abg. Mayer (D.-nall. Sp.):

Berehrte Versammlung, Frauen und Männer! Wenn in späteren Tagen die Geschichte Richterin sein wird über die jetzige Menschheit und auch über das deutsche Volk, dann wird sie diesem jedenfalls ein Ehrenblatt schreiben: den vierjährigen, trotz allem erfolgreichen Verteidigungskampf gegen eine Welt von Feinden, ein Kampf, unvergleichlich an Heldennut und Feldherrnkunst. Unser heißer, freilich auch wehmütvoller Dank gehört dem Heer, das 1914 und später hinausgezogen ist an die Front.

Wir meinen, daß ein Wort der Anerkennung auch dem vergangenen deutschen Staatswesen gebührt. Dieses deutsche Staatswesen, in dem das badische eine Fierde war, war ein Wesen der Ordnung, des Rechts, der Bildung und der Fürsorge, bewundert, beneidet, nachgeahmt vielfach von den Fremden. Wir zehren heute von den Gütern, die dieses Staatswesen geschaffen, und wünschen recht viel von dem Guten zu behalten, das es geschaffen hat. Daß dies möglich ist, daran hat das treffliche Beamtenamt, das wir vom alten Staat übernommen haben, ein besonderes Verdienst.

Wir haben gern die freundlichen Worte gehört, die für Großherzog Friedrich II. in der Regierungsumgebung gefunden worden sind; er und die Seinigen, besonders auch seine greise Mutter, haben das nicht verdient, was ihnen widerfahren ist, und es hätten wohl Vorkehrungen dagegen gefunden werden können.

Was nun die Kundgebung der Regierung im übrigen betrifft, so sehen auch wir jetzt davon ab, im einzelnen auf sie einzugehen. Wir beschränken uns auf die allgemeine Bemerkung, die nicht überraschen kann, daß wir manches vermessen, was darin gesagt sein sollte, aber wohl in der Folge angeschnitten werden wird. Anderes erscheint uns zweifelhaft, weil nicht genügend erhärtet, oder auch behnbar und schief, so daß ein kurzes Ja oder Nein zurückgehalten werden muß. Wieder anderes billigen wir von Herzen, so, was gesagt ist von der Wahrung der Einheit und Würde des Deutschen Reichs, von der Notwendigkeit, Zucht und Sitte wiederherzustellen — wir fügen hinzu: einen hohen und starken frommen Glauben in unserm Volk wieder zu erwecken —, von der Unentbehrlichkeit der Einsicht, daß auf der persönlichen Pflichterfüllung und dem Opferfinn die Wohlfahrt des Staates und seiner Glieder beruht. Jedenfalls halten wir uns an Alles, was in der Kundgebung gesagt ist von wahrer Freiheit, Recht und Gerechtigkeit: das sind die Leitsterne unserer Mitarbeit.

Wir stimmen zu, daß die derzeitigen Mitglieder der vorläufigen Volksregierung, nunmehr allein verantwortlich der Nationalversammlung, die Geschäfte weiterführen, bis die Verfassung beschlossen und damit die Staatsordnung gegeben ist, und gern werden wir von Fall zu Fall feststellen, daß Volksvertretung und Regierung den Weg der Volkswohlfahrt beschreiten (Lebhafte Beifall bei der Deutsch-nationalen Volkspartei).

Abg. Weber-Heidelberg (D. Dem. P.):

Es sei mir gestattet, nicht als Parteigliedrige, sondern als Frau einige Worte zu Ihnen zu sprechen, denn ich bin mir bewußt, daß heute tausende von badischen Frauen mit Freude und Dankbarkeit und mit klopfendem Herzen auf uns schauen und die Tatsache, daß heute zum erstenmal Frauen in dieses Haus eingezogen sind, die berufen sind, an der Gestaltung des Staates, an dem Wiederaufbau des badischen Staates teilzunehmen, als einen Augenblick von geschichtlicher Bedeutung empfinden (Sehr richtig!). Wir Frauen können nur unserer hohen Freude und Befriedigung darüber Ausdruck geben, daß wir zu dieser Aufgabe mitberufen sind, und ich glaube sagen zu dürfen, daß wir besser für sie vorbereitet sind, als vielleicht die meisten von Ihnen glauben. Millionen von uns haben seit vielen Jahrzehnten draußen außerhalb des Hauses ihren Unterhalt selbst erwerben und auf eigenen Füßen stehen müssen, und sie haben sich die harte Luft des Draußenlebens um ihren Kopf wehen lassen. Tausende von uns haben während des Krieges Männerarbeit geleistet, mit geringeren weiblichen Kräften als der Mann. Tausende von uns Frauen haben ein Heimatmeer gebildet, ohne welches das Frontmeer keine Munition und keine Kleidung gehabt hätte. Und Tausende von uns, die nicht gezwungen waren, den harten Kampf ums Dasein zu führen, haben doch seit vielen Jahrzehnten, durchdrungen von tiefem sozialem Verantwortungsgefühl mitgewirkt an der Lösung der schweren sozialen Aufgaben. Sie

haben sich dabei auch gekümmert zu allen Angelegenheiten des öffentlichen Lebens, und zur Gesetzgebung, soweit sie das weibliche Geschlecht betraf, Stellung zu nehmen und so glaube ich, von uns sagen zu dürfen, daß wir nicht unvorbereitet in dieses Haus eingezogen.

Wir als Frauen werden selbstverständlich hier nicht nur die Interessen unserer Partei, sondern auch die Interessen unseres Geschlechts zu vertreten haben und so glaube ich, daß auch die Frauen der verschiedenen Parteien, die wir heute hier sehen, sich untereinander noch durch ein besonderes Band verknüpft fühlen werden. Aber ich darf wohl für uns gemeinsam das Versprechen abgeben, daß das Wichtigste uns immer sein wird das Interesse des Ganzen und das Interesse unseres badischen Vaterlandes, für das wir hier mit Ihnen ernst und freudig zusammenarbeiten wollen (Lebhafte Beifall).

Abg. Siebert (Zentr.)

Nach den Worten von Frau Marianne Weber halte ich mich für verpflichtet, auch im Namen der Frauen unserer Fraktion einige Worte zu sagen.

Vor uns stand das Frauenwahlrecht in erster Reihe als Frauenwahlpflicht. Wir wußten, daß wir jetzt mitgestalten sollen an dem Aufbau unseres Gemeinschaftslebens, und daß jetzt vielleicht manchem Wunsche, den wir in unserer sozialen Arbeit jahrelang im Herzen trugen, Erfüllung gewährt werden konnte. Denn darin werden wir ja uns einig sein, daß das Ziel unserer Wünsche auf sozialem Gebiete immer weiter ging als deren Verwirklichung. Wir können unsere Bestrebungen vielleicht dahin zusammenfassen: Wir sind getragen von dem besten Willen, Mutterarbeit und Schwesterarbeit hinauszutragen ins Gemeinschaftsleben und zum Wohle unseres engeren Vaterlandes jetzt mitzuhelfen. Mit Dankbarkeit gedenken wir der Gewissenhaftigkeit unserer Beamten, die es jetzt auch uns möglich machen, sofort auf vorbereiteten Boden im neuen Staate mitzuarbeiten, und wir treten ein in diese Arbeit mit dem Worte: Mit Gott! (Beifall rechts).

Abg. Blase (Soz.):

Zunächst möchte ich Ihnen bekennen, daß ich heute leider nicht recht bei Stimme bin; ich habe mich in den letzten Tagen durch die ungeheure Anstrengung in unseren Versammlungen etwas erkältet und kann zu Ihnen daher nicht so recht von Herzen sprechen, wie ich es eigentlich möchte.

Ich kann im Namen unserer Partei das Bekenntnis ablegen, daß wir uns eigentlich von jeher damit befaßt und uns mit großer Freude und Aufopferung jeweils dazu bekannt haben, daß wir Frauen schon lange Jahre das alles gefordert haben, was uns jetzt in dem hohen Hause zusteht. Unsere Partei hat 40 Jahre lang um das Frauenwahlrecht gekämpft, und mit großer Freude und Genugtuung können wir nun feststellen, daß die Frauen nicht nur Wählerinnen, sondern auch Mitberaterinnen in diesem hohen Hause geworden sind. Wir unterstreichen alles das, was vom Herrn Präsidenten und was von den einzelnen Vorrednern gesagt worden ist. Wir Frauen, die wir nun in das Parlament eingezogen sind, werden uns in Zukunft fleißig bemühen, mitzuarbeiten, mitzuraten und mitzutaten an den Aufgaben der Nationalversammlung. Wir Frauen der Arbeiterschaft werden in Zukunft unsere ganze Kraft zur Verfügung stellen und mit unseren Kollegen und Kolleginnen des gesamten Abgeordnetenhauses dazu beitragen, unser badner Land zu erhalten und zu fördern. Wir Frauenabgeordnete alle werden in Zukunft unsere Kraft hierfür einsetzen und in diesem Sinne mit Ihnen zusammenarbeiten (Beifall links).

Präsident der vorläufigen Volksregierung Geß:

Namens der vorläufigen Volksregierung danke ich den Herren Rednern und Rednerinnen aus dem hohen Hause für die freundlichen Worte der Anerkennung und des Vertrauens, die sie der vorläufigen Volksregierung entgegengebracht haben. Ich darf weiter namens der vorläufigen Volksregierung erklären, daß sie bereit ist, die Arbeiten wie bisher weiter zu führen, bis die neue Verfassung Gesetzskraft erlangt haben wird (Beifall).

Minister des Innern Dr. Saas:

Herr Präsident! Im Namen der vorläufigen badischen Volksregierung überreiche ich Ihnen den Entwurf einer badischen Verfassung. Ich übergebe Ihnen ferner den Entwurf einer Verfassungsurkunde, ausgearbeitet von den Herren Dr. Glodner, Dr. Zehnter und Dr. Weill, und den Entwurf einer badischen Verfassung, ausgearbeitet von Herrn Dr. Diez. Ferner erhalten Sie den Vorentwurf für die Verfassung des freien Volksstaates Baden, bearbeitet von der von der Landesversammlung der Volksräte Badens aufgestellten Siebenertkommission.

Ich darf gleichzeitig mitteilen, daß dem hohen Hause in nächster Zeit Entwürfe zugehen über die Abänderung des badischen Verwaltungsgesetzes und über die Abänderung der Städte- und Gemeindeordnung.

Was nun unseren Verfassungsentwurf betrifft, so lassen Sie mich folgendes sagen. Die vorläufige Volksregierung hatte die Herren Dr. Glodner, Dr. Zehnter, Dr. Diez und Dr. Weill ersucht, den Entwurf einer Verfassung auszuarbeiten. Es hat dann Herr Dr. Diez einen selbständigen Entwurf ausgearbeitet und die drei anderen Herren haben sich auf einen gemeinsamen Entwurf geeinigt. Die vorläufige Regierung hat den Diez'schen Entwurf zur Grundlage ihres Entwurfes gemacht.

Im einzelnen bemerke ich folgendes: Der Entwurf der vorläufigen Volksregierung geht von der selbstverständlichen Voraussetzung aus, daß Baden ein Bestandteil des Deutschen Reiches bleibt. Der Reichsgedanke hat uns in den Zeiten des Glücks mit Stolz und Freude erfüllt. Nun ist die Zeit der schweren Not gekommen. Jetzt stehen wir erst recht in alter Treue zum Reich (Sehr gut! Beifall). Jeden Gedanken, daß das Reich sich auflösen solle in seine einzelnen Teile, weisen wir weit und entschieden zurück (Lebhafter Beifall).

Wir halten in dem Entwurf aber auch fest an dem bundesstaatlichen Charakter unseres Reiches. In dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches haben wir immer eine starke Quelle guter Kraft gesehen. So war es in guten Zeiten, und wir glauben, daß jetzt auch in der schweren Zeit viel Kraft und viel Stärke aus dem bundesstaatlichen Charakter gewonnen werden kann.

Eine übertriebene Zentralisation lehnen wir auch in der Reichsverfassung ab. Wir wollen unsere badische Eigenart erhalten. Wir stellen unsere badische Eigenart unter den Schutz der badischen Verfassung. Wir wollen weiter leben als eigener selbständiger Staat. Die Verfassung betrachtet die badisch-preussische Militärkonvention als erledigt (Beifall). Die badisch-preussische Militärkonvention war ein unglücklicher Vertrag (Sehr richtig!). Die Interessen des badischen Volkes waren durch diese Konvention nicht genügend gesichert. Wir wollen ein eigenes badisches Volkshier im Rahmen der deutschen Bundesarmee. Wir können heute noch nicht übersehen, wie in Zukunft die militärischen Verhältnisse gestaltet werden. Aber wir wollen auf alle Fälle, daß das Land Baden sein Volkshier selbständig verwaltet. Im Frieden Dienst im eigenen Land und im Krieg und im Frieden eigene badische Führer!

Der Verfassungsentwurf schlägt Ihnen die republikanische Staatsform für Baden vor. Sie ist durch die politischen Ereignisse im Reich auch für Baden selbstverständlich geworden. Ich darf aber hier das nochmals wiederholen, was ja schon vom Herrn Präsidenten und von anderen Rednern dieses hohen Hauses ausgesprochen worden ist: ohne Groll und ohne Leidenschaft fand in Baden die Auseinandersetzung mit der Monarchie statt. Ich glaube, wir dürfen mit einem gewissen Stolz sagen: diese Auseinandersetzung hat sich in Baden in schönen, würdigen und guten Formen vollzogen. Darüber wollen wir froh sein. Die badische Republik soll nie in den Fehler mancher Monarchien verfallen und den Versuch unter-

nehmen, die Geschichte umzubiegen. Wir wollen immer die Geschichte lehren im Geiste der Wahrheit (Sehr richtig!), und wenn wir das tun, dann werden die Verdienste der Bahringer in der badischen Geschichte nicht vergessen und nicht verschwiegen werden.

Die Verfassung, die wir Ihnen vorschlagen, ist streng demokratisch. Wir brauchen die Demokratie, um unserer Zukunft willen. Das Volk verlangt nach dem Erleben dieses Krieges, das Volk verlangt nach dem ungeheuren Zusammenbruch des alten Systems sein volles Recht. Wir können geordnete Zustände nur schaffen und erhalten auf Grundlage der Demokratie. Wir brauchen aber auch die Demokratie, wenn wir ein starkes Nationalgefühl schaffen wollen; mehr als je ist es in dieser Zeit notwendig, das Nationalgefühl, das Gefühl für nationale Würde zu befestigen und zu stärken. Da meinen wir, aber: Privilegien schwächen, gleiche Rechte stärken das Nationalgefühl (Zustimmung).

Wir sind uns auch darüber klar, daß die Verfassung nur die äußere Form geben kann. Wichtiger als die äußere Form wird der Geist sein, den wir in die Verfassung hineinlegen, der Geist, in dem im täglichen Leben die Arbeit geleistet wird. Und da wollen wir sagen: die Demokratie besteht nicht nur darin, daß man von gleichen Rechten spricht, die Demokratie besteht nicht nur darin, daß man sein Recht verlangt, die Demokratie besteht vor allem darin, daß man sich und die anderen an die gemeinsamen Pflichten erinnert, an die Pflichten gegenüber dem Staat und dem Volk (Zustimmung). Demokratie besteht in der Achtung vor den Rechten anderer, Demokratie besteht darin, daß man das starke Gefühl hat, daß jede ehrliche Arbeit den gleichen Anspruch auf Achtung verdient (Sehr gut!), daß kein Unterschied gemacht werden darf nach Rang und nach Stand (Beifall).

Wenn die Verfassung wahres Leben erhalten soll, dann müssen wir in diesem Geiste arbeiten und dann müssen wir in diesem Geiste unsere Kinder erziehen. Deswegen haben wir auch, abgesehen von anderen Gründen, das Frauenwahlrecht in der Verfassung niedergelegt. Die Frau hat ein selbstverständliches Recht darauf, mitratet und mittaten zu dürfen im Staat. Aber ich möchte in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen: in hohem Maße ist die Erziehung der Kinder in die Hand der Frau gelegt; es wird gut sein, wenn die Frau politisch erzogen und dadurch befähigt wird, mit den Kindern von den Dingen des Staates und des Vaterlandes zu sprechen, und wenn sie jenen gesunden Geist der Demokratie — nicht in einem engen parteipolitischen Sinn, sondern in jenem großen Sinne, wie wir Badener die Demokratie immer verstanden haben — in die Kinderherzen hineinlegt.

Ich glaube aber auch, daß eine demokratische Verfassung dem Geist und der Art des badischen Volkes entspricht. Über die Grenzen der Partei hinaus haben die Badener immer demokratisch empfunden; sie werden gut leben können unter einer Verfassung, die auf demokratischen Grundlagen beruht.

Meine Damen und Herren! Schwere Zeiten stehen uns bevor, unendlich schwere Zeiten. Es wird Ihre Aufgabe sein, durch eine neue Verfassung neue Grundlagen zu schaffen für das so schwer erschütterte staatliche Leben. Dann wird es dem Fleiß und der Tatkraft des badischen Volkes gelingen, unter dem Schutze der Verfassung, die Sie ihm geben, eine neue und, Gott gebe es, eine gute Zukunft zu schaffen (Beifall).

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte über die Konstituierung der gebildeten Kommissionen und über die Drucklegung der vorgelegten Verfassungsentwürfe wird der Präsident ermächtigt, die nächste Sitzung der Nationalversammlung anzu-beraumen, sobald genügend Stoff für ihre Verhandlungen durch die Kommissionen vorbereitet sein wird, und hierauf die Sitzung um 1 Uhr geschlossen.

Rednerverzeichnis umstehend.

Rednerverzeichnis:

	Seite
Anzeige von Eingängen:	
Jugend-Schriftführer Siegelmaier	1
Präsident Kopf	10
1. Prüfung der Vollmachten der Abgeordneten (Wahlprüfungen):	
Abg. Dr. Zehner (Zentr.)	2
" Wittmann (Zentr.)	3
" Ruser (D. Dem. P.)	5
" Dr. Glockner (D. Dem. P.)	5
2. Wahl des Präsidenten, der beiden Vizepräsidenten und der 4 Schriftführer:	
Präsident Kopf	8
3. Beschlussfassung über die zu bildenden Kommissionen und Bildung derselben:	
4. Erklärung der vorläufigen Vollregierung und Beratung hierüber:	
Präsident der vorl. Vollregierung Geiß	11, 18
Abg. Dr. Schofer (Zentr.)	14
" Dr. Dieß (Soz.)	15
" König (D. Dem. P.)	15
" Mayer (D.-natl. Sp.)	17
" Weber-Heidelberg (D. Dem. P.)	17
" Siebert (Zentr.)	18
" Blase (Soz.)	18
5. Übergabe des Verfassungsentwurfes:	
Minister Dr. Gaas	19

Verantwortlich für den Bericht über die Verhandlungen: Dr. Max Dittler.
Druck und Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei. Beide in Karlsruhe.